

Anlage zum Bericht über "negatives Auftreten" einer Seminargruppe an der Technischen Universität Dresden

Der Volksentscheid über die neue "sozialistische" Verfassung der DDR im Jahr 1968 sollte den Führungsanspruch der SED zementieren. Die staatliche Jugendorganisation FDJ versuchte unter anderem an der TU Dresden, ganze Seminargruppen geschlossen zum Wahlgang zu bewegen. Ein davon abweichendes Wahlverhalten registrierte die Stasi sehr genau.

Am 6. April 1968 fand der einzige Volksentscheid in der Geschichte der DDR statt. Zur Abstimmung stand der Entwurf einer neuen Verfassung. In ihr wurde der SED ausdrücklich die führende Rolle in der DDR, dem nunmehr "sozialistischen Staat deutscher Nation", zugesprochen.

Damit bei der Abstimmung im Sinne der SED alles glatt ging und alle Wahlberechtigten ihr Kreuzchen beim "Ja" setzten, inszenierte die Staatspartei vorab monatelang sogenannte Volksaussprachen. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Versammlungen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem sagten in einigen Regionen 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler "Nein" zur Verfassung.

Eine zentrale Rolle im Umfeld des Volksentscheids kam der Staatssicherheit zu. Der Befehl 8/68 von Stasi-Minister Mielke an alle Dienstseinheiten war die Grundlage für die Maßnahme- und Einsatzpläne des MfS rund um den Volksentscheid. Aktion "Optimismus" war der geheimpolizeiliche Name für diese Operation. Sie begann am 28. März 1968, 17 Uhr, und endete am 7. April 1968, 17 Uhr.

Alle Dienstseinheiten waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu informieren, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder gar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab. Die Berichte wurden zusammengefasst und an die Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe (ZAIG) des MfS gemeldet. Diese hatte die Aufgabe, die Partei- und Staatsführung täglich auf dem Laufenden zu halten. So sollte das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand überwacht und gesteuert werden.

Die Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an der Technischen Universität Dresden hatte eine schriftliche "Willenserklärung" ausgearbeitet, geschlossen am Volksentscheid teilzunehmen und der Verfassung zuzustimmen. Diese Willenserklärung sollte von den FDJ-Mitgliedern und allen Studentinnen und Studenten in den einzelnen Seminargruppen unterschrieben werden. Studierende, die ihre Unterschrift verweigerten, wurden der Stasi gemeldet.

Signatur: BArch, MfS, HA XVIII, Nr. 22949, BL 28

Metadaten

Datum: 28.3.1968

Überlieferungsform: Dokument

Anlage zum Bericht über "negatives Auftreten" einer Seminargruppe an der Technischen Universität Dresden

[illegible]